

Wann der Kiesabbau in Söbrigen beginnt

Der Freistaat hat Flächen an die Kieswerke Borsberg verkauft. Doch die Firma benötigt erst eine Genehmigung vom Oberbergamt.

VON KAY HAUPE

Der Kiesabbau in Söbrigen, dem kleinen Stadtteil angrenzend an Pillnitz, verschiebt sich nach hinten. Bisher habe das Unternehmen Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG, das dort graben will, noch keine Unterlagen an das Oberbergamt (OBA) in Freiberg eingereicht, teilt OBA-Leiter Bernhard Cramer mit.

Das bestätigt Matthias Erben, einer der beiden Geschäftsführer der Kieswerke. „Wir sind dabei, die nötigen Gutachten, vor allem im Umweltbereich, zu aktualisieren. Erst dann können die Unterlagen für den dritten Entwurf des Rahmenbetriebsplanes an das OBA gehen.“ Er rechnet im Frühjahr damit. „Wir gehen davon aus, dass die Offenlage unserer Pläne dann im zweiten Halbjahr dieses Jahres erfolgen kann. Dort können alle Betroffenen die Unterlagen einsehen.“

Kies werde in Söbrigen aber frühestens 2023 abgebaut, sagt Lutz Hammer, der vorherige Kieswerke-Geschäftsführer, der im März in den Ruhestand gehen wird. Er hatte im Vorjahr gesagt, dass schon 2021 mit dem Abbau begonnen werden könne. „Doch das verschiebt sich. Bevor wir dort aufgraben, müssen ja zunächst die Archäologen die Fläche in der Tiefe untersuchen“, erklärt Matthias Erben. Geplant ist, mindestens 15 Jahre Kies auf einem rund 32 Hektar großen Feld abzubauen. Jährlich sollen es 500.000 Tonnen Sand und Kies sein. „Aber das ist abhängig vom Absatz, momentan ist der noch nicht zurückgegangen, das könnte aber sein“, sagt Erben.

Der Freistaat Sachsen hat im Dezember 2020 Grundstücke in einer Größe von rund



Auf dieser Fläche zwischen Birkwitz-Pratzschwitz und Söbrigen soll Kies abgebaut werden. Archivfoto: SZ/Peter Hilbert

30 Hektar in der Gemarkung Pillnitz an die Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG verkauft. Sie liegen inmitten der Abbaufäche. Das heißt, der Freistaat stellt den größten Teil des Kiesfeldes zur Verfügung.

„Die Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG hat als Bergrechtsinhaberin im Falle einer Abbaugenehmigung Anspruch auf den Kauf der vom Bergwerkseigentum betroffenen Flächen“, schreibt Sandra Jäschke, die Sprecherin des Sächsischen Finanzministeriums auf SZ-Anfrage. „Der Kiesabbau kann daher durch den Grundstückseigentümer nicht verhindert werden. Der Verkauf ist somit rechtlich gebunden und ohne Ausschreibung erfolgt.“ Der Freistaat Sachsen werde die verkauften Flächen aber erst und nur dann herausgeben, wenn der Kiesabbau genehmigt ist, so Jäschke weiter. Bis dahin würden die verkauften Flächen – wie bisher – verpachtet und landwirtschaftlich genutzt.

In Söbrigen kämpft eine Bürgerinitiative seit 2006 gegen den geplanten Kiesabbau. Auch die Städte Dresden und Pirna haben sich dagegen ausgesprochen, vor allem, weil der Verlust der wertvollen Kulturlandschaft im Elbtal befürchtet wird.